

Es war nicht überall so. Und es gab zahlreiche rühmliche Ausnahmen. Denn die Kriegsnöte zwangen dazu. Aber über die ganze der Kriegs- und insbesondere der Zwangswirtschaft könnte eine grimmige Satire geschrieben werden, die nebenbei den Beweis liefern würde, daß die Ausschaltung der Genossenschaften diese nicht nur an der Erfüllung ihrer Hauptaufgaben hindert, sondern direkt ein Mittel war, dem Schieber- und Wucherer-Tum die Tür zu öffnen. Wenn die Jahresmilliarde Verwaltungskosten, die die Zwangswirtschaft gekostet haben soll — eine Nachprüfung der Ausgabe ist bis jetzt nicht erfolgt, sie selbst nicht widerlegt — leitend des Reiches, der Länder und Gemeinden für eine Subvention zum Ausbau der genossenschaftlichen Bedarfserfüllung verwendet worden wäre, so würde die Zwangswirtschaft nicht vom freien Handel, sondern von der genossenschaftlichen Bedarfserfüllung abgelöst worden sein und unsere gesamte Ernährungsökonomie auf der Grundlage der genossenschaftlichen Volkswirtschaft aufgebaut werden können.

Sind so die Genossenschaften der Verbraucher gerade in der bittersten Not des Volkes durch den zwangsläufig herbeigeführten Stillstand ihrer geschäftlichen Entwicklung verhindert worden, die von ihnen erwartete Erfüllung der Aufgabe in vollem Umfang durchzuführen, so regt es sich doch in allen Ländern des Reiches mit vermehrter Energie, um durch die genossenschaftliche Organisation der Konsumkräfte — heute über 8 Millionen Familien! — der Gemeinwirtschaft des Volkes den Boden zu bereiten und sowohl auf dem Gebiete der Erzeugung wie Verteilung die privatwirtschaftlichen Profitinteressen auszumergen.

Daraus erwächst aber auch der Gesehgebung und ihren treibenden Kräften, insbesondere unserer Partei, die Aufgabe, der Entwicklung der Genossenschaften nicht mehr still zuzusehen, sondern sie bewusst und initiativ zu fördern. Die Sozialdemokratie ist dabei in der denkbar günstigsten politischen Lage, denn nirgends so wie in der Forderung der Genossenschaftsbewegung der Verbraucher deckt sich das Allgemeininteresse des Volkes mit dem theoretischen Wirtschaftsprogramm der Partei.

Daß diese Aufgabe der bewußten und initiativen Förderung der Genossenschaftswesen nicht immer außerhalb, am besten eben innerhalb der Regierung des Reiches und der Länder erfüllt werden kann, zeigt, welche politischen Konsequenzen aus der Frage resultieren, wie die Genossenschaftsbewegung angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Volkes ihre Aufgabe erfüllt.

Die Frage enthält noch vielmehr die riesengroße Aufgabe der Partei, der „konstruktiven Idee des Sozialismus“, wie sie in den Genossenschaften verkörpert ist, jede praktische Entwicklungsmöglichkeit zu schaffen.

Der Streik der Patriarchen.

Die Herren Hotelbesitzer wollen nun in ganz Deutschland ihre nach dem Muster der biblischen Patriarchen und der homerischen Helden ausgeübte Gastfreundschaft (nur daß diese ihre Gäste beim Abgang beschenken, während die Gäste der Herrn Hotelbesitzer beim Abgang kräftig bluten müssen) nicht fürder ausüben. Aus Gram darüber, daß sie der müden und verhungerten Lebewelt nicht mehr die Milch der Säuglinge in Form von Schlagjahren vorsetzen dürfen, lassen sie das Geschäft eingehen. Aus Hannover wird berichtet, daß dort Beratungen stattgefunden haben mit dem Ziel, sich dem Vorgehen der Berliner Hoteliers im ganzen Deutschen Reich anzuschließen und die Schließung der Hotelküchenbetriebe in ganz Deutschland durchzuführen. Der deutsche Bäderverband will sich mit dem Vorgehen der Hoteliers solidarisch erklären.

Die bürgerliche Presse beweist uns alle Tage, wie lebensnotwendig die Betriebe der Hoteliers sind und wie Deutschland ohne sie zur Wüste werden wird. Da bleibt doch wirklich nichts weiter übrig, als daß die „Technische Nothilfe“ eingreift! Wir nehmen an, daß sie jeden Mittwoch mit einer Gulaschkanone beim Edenhotel, Hotel Fürstenhof, Bristol usw. vorbeifährt, worauf die

Gäste mit Speisnapf antreten, um ihren Zug Essen in Empfang zu nehmen. Oder sollten wir uns da über die Vielfältigkeit der Technischen Nothilfe geäußert haben!

Exotische Spezialitäten.

Eine Verordnung aus der Zeit, da Deutschland noch in roten Ketten schmachtete, verbietet die Einfuhr von Delikatessen und bedroht verbotswidrig eingeführte Ware dieser Art mit der Beschlagnahme. Der nachfolgende Zweck dieser bisher noch nicht aufgehobenen Maßnahme ist, die deutsche Saluta nicht durch den Uebermut reicher Verschwender noch weiter herunterwirtschaften zu lassen. Leider geht es mit dieser Verordnung wie mit manchen anderen, sie steht auf dem Papier, und man kümmert sich nicht um sie.

Vor uns liegt der Prospekt einer Berliner Feinstoffhandlung. Er kündigt auf dem Umschlag „feinste Delikatessen, exotische Spezialitäten“ an, und er verheißt wahrlich nicht zuviel. U. a. werden angeboten: Trüffel 280 R. das Pfund, kalifornische Wirsche 88 R. die Dose, Gänseleberpastete (Original Straßburger) 60 R. das Pfund, Tiroler Apfels 8,75 das Stück, französische Kognak zu 100 R., französische Wilder zu 250 R. die Flasche.

Im übrigen genügt ein Gang durch Berlin, ein Blick auf die Schaufenster, um zu erkennen, daß alles Verbotene im Ueberflut vorhanden ist. Es scheint aber, daß sich jedes dieser Geschäfte, wie die Luxushotels, einen bürgerlichen Journalisten hält, der sofort zu helfen anfängt, wenn die Polizei in die Nähe kommt. Darum traut sie sich offenbar nicht heran, und die heiligsten Güter der Nation bleiben gänzlich außer Gefahr.

Stresemann will „Herr werden“.

In einer Hamburger Rede führte der Volksparteiler und Redenprenger Stresemann aus, unsere Lage sei „gar so trostlos nicht“, wenn wir unsere Produktionsfähigkeit in Rechnung stellen. Wenn uns Obersachsen bleibe, wenn wir der Bestrebungen der Volkswirtschaft, der Bestrebungen der sozialistischen Elemente in unserer Wirtschaft und jener Betätigung der bureaukratischen Elemente, die die Tätigkeit des Kaufmanns einträumen, Herr werden, dann werde auch hier Wiederaufbau möglich sein. Als „wahre Sozialisierung“ empfiehlt Stresemann das von Stinnes vorgeschlagene System der Kleinaktien für die Bergarbeiter.

Es hätte uns wunder genommen, Herrn Stresemann anders tungen zu sehen als Herr Stinnes pfeift. Und wenn der biedere Stresemann auch über alles Herr wird — in diesem Punkte wird er wohl nie — Herr werden!

Der unergründliche Verleumdersumpf.

Die Aussage des Herrn Ackermann.

Von unserem Korrespondenten in Frankfurt a. M. wird uns geschrieben:

Die Behauptung des Herrn Ackermann von der „Deutschen Tageszeitung“, er habe die Äußerung, daß unter dem demokratischen Regime sich Minister am Ruder halten könnten, die sich eines Verbrechens schuldig machten, nicht getan, entspricht nicht den Tatsachen. Wir zitieren daraus nach unserem Stenogramm. Rechtsanwalt Falkenfeld, als Verteidiger des Nebenklägers Robert Schmidt, richtete folgende Frage an den Zeugen Ackermann: „Glauben Sie, daß ein Minister sich am Ruder halten könnte, wenn er sich eines derartigen Verbrechen schuldig machte?“ Zeuge Ackermann: „Ich halte das unter dem demokratischen Regime für wohl für möglich.“

Wenn Herr Ackermann jetzt diese Aussage abstreitet und erklärt, er habe nur gesagt, das entzieht sich seiner Beurteilung, so beweist er damit, daß er entweder nicht den Mut hat, zu seinen Worten zu stehen, oder daß er der Konfusionsrat ist, der heute nicht mehr weiß, was er gestern gesagt hat.

Als Landrat für die Grafschaft Hohenstein wurde Genosse Otto Boh, früherer Leiter des Revolverwerkes, in Halle, mit 17 sozialdemokratischen gegen 12 bürgerliche Stimmen gewählt.

einuladen. Generalsekretär der Sektion ist Leopold Surwege, mit der Ausstellung für Ausland beauftragt der in Paris lebende russische Bildhauer Archipenko.

Dieser erfreuliche Beweis der Kameradschaftlichkeit der jungen Künstler unterstreicht sich vornehmlich von dem dieser Tage in Rußland geführten Beschluß der allierten Kunstakademien, die Deutschen zu der neuen Union der Akademien nicht einzuladen.

Verfassungslehre in der Schule. Paul Oestreich regt in einer Zuschrift an uns folgendes an: Nach Artikel 148 der Verfassung des Deutschen Reichs „erhält jeder Schüler bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung“. Diesem Artikel geschieht jetzt Genüge, indem die Exemplare für die Schulpflichtigen „von Ostern und Herbst 1920 geliefert werden. Das ist erfreulich. Würde es aber nicht heißen, dem Sinne der Verfassungsbestimmung noch gerecht zu werden, wenn man die Verfassungsexemplare so anfertigt, daß sie bereits 2 Jahre vor Beendigung der Schulpflicht dem Schüler als Eigentum übergeben und dem Verfassungsauftrag entspricht in der Schule zugrunde gelegt werden können? Die Schüler haben dann mehr davon, leben sich in das Heft hinein, und die Lehrer sind wenigstens hier von der jetzt so schrecklichen Buchbeschaffungsnot erlöst. Sollte nicht das Reichsamt des Innern so verfahren können? Der Verfassung widerspreche das nicht, ginge nur unwesentlich, aber überaus praktisch über sie hinaus.

Die alte sozialdemokratische Forderung der Unentgeltlichkeit der Beiratsmittel sollte in der Tat durch die Anrohung Prof. Oestreichs in bezug auf den Verfassungsdienst schonungslos verwirklicht werden. Es gilt, das Bedürfnis, mit der Verfassung zu leben, in den jungen Köpfen und Herzen zu entwideln. Dem wird auf diese Weise gedient. Und ist das Bedürfnis da, so wird der Wunsch, den Text zu besitzen, später um so eher aus eigenem Antrieb befriedigt werden.

Eine Orchesterkassette in Berlin. Anlässlich des Beethoven-Geburtstages regt Minister Daenisch in einem Schreiben an den Direktor der Akademie der Künste für Musik die Schaffung einer Einrichtung an, die zur Sicherung des hohen Standes der deutschen Orchestermusik beitragen soll. Die geplante Ausbildungsstätte soll dem ernst strebenden Nachwuchs das durch die wirtschaftliche Ungunst der Zeit besonders erschwerte Studium der Orchesterinstrumente erleichtern. Die Einrichtung ist als ein neuer Zweig der Hochschule gedacht; zur Durchführung des Planes sollen die sachlich beteiligten Stellen und Verbände herangezogen werden.

„Gestohlen.“ In der unter dieser Epithet in Nr. 604 veröffentlichten Notiz wird uns geschrieben: Der Rettungs-Richard im Café des Westens mag ja ein besserer Junge sein, aber die Erfindung, Gegenstände durch die Aufschrift: „Gestohlen im Café des Westens“ vor Diebstahl zu sichern, hat er nicht gemacht. Dieses Schuttmittel gegen Diebstahl ist schon sehr alt. Als ich noch ein Schuljunge war — das ist länger als 50 Jahre her — gab es in meiner Heimat, einer märkischen Kreisstadt, Bierkruten mit der eingetragenen Aufschrift: „Gestohlen beim Gastwirt Krüger.“ Es damals noch nicht üblich, beim Bierverkauf außer dem Hause Pfand

Woher die Stirn?

Der Deutsche Offiziersbund, Landesverband Bayern, Ortsgruppe München, ist so freundlich, uns eine Protestresolution zu übersenden, die er gegen den „Vorwärts“ und den Genossen Scheidemann wegen angeblicher Verleumdung des alten Offiziersstandes angenommen hat.

Auf den Leisten, sich vor Blut überfliegenden Schimpfen dieses Rednerkreises eingezogen, verfolgen wir uns. Wir stellen nur fest, was wir schon mehrfach festgestellt haben: dem Deutschen Offiziersbund fehlt jedes moralische Recht zu derartigen Entrüstungsäußerungen. Eine Offiziersorganisation, die sämtliche von deutschen Offizieren begangenen Schandtaten, wie die Ermordung Liebknechts, Rosa Luxemburgs, die Erschießung der 29 Matrosen, die Meuterei eines Lüthwigs und Ehrhardt, die unzähligen sonstigen Verbrechen in der Reichswehr, die während des Krieges von deutschen Offizieren verübten Soldatenmissethungen und Blünderungen, die Verletzung des Kriegsfreiwilligen Helmhafes durch Leutnant Müller usw. an sich hat vorübergehen lassen, ohne ein einziges Mal die Stimme dagegen zu erheben, ohne gegen die Schändung ihres Berufes durch eigene Verursachung, ohne diese Leute von sich auszuscheiden und für unwürdig zu erklären, eine solche Berufsorganisation hat nicht die Spur von Berechtigung, sich moralisch zu entrüsten, wenn die Taten solcher Verbrecher schließlich auf das Ansehen des ganzen Standes abfärben.

Gleichstellung von Alt- und Neupensionären.

Im Hauptausschuß des Reichstags vom Donnerstag erhaltete zunächst Abg. Vogt (Soz.) als Mitglied des mit der Durcharbeitung des Pensionsergänzungsgesetzes beauftragten Untersuchungsausschusses Bericht über die Beratungsergebnisse. Danach ist entgegen dem Regierungsentwurf die Gleichstellung der Altpensionäre mit den Neupensionären beschlossen worden.

Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei schied sich für eine Erhöhung der Gebühren des Reichspatentamts ein. Auch die Verkaufspreise der Patentschriften, deren Preis jetzt nur das Doppelte des Preisbetrags ausmacht, müßten bedeutend erhöht werden, nachdem auch die Reichsdruckerei ihre Unkosten um das Zehnfache erhöhen mußte. Es sei aber bei der neuen Kostenschätzung darauf Bedacht zu nehmen, daß hierdurch nicht etwa die Erfindungsgeist und Erfindungsmöglichkeit gestopft werden. — Reichsjustizminister Dr. Heineke: Die Gebühren müssen erhöht werden, weil das Reichsjustizministerium nicht dauernd eine Zuschußbehörde bleiben darf. Dr. Naber (Soz.) fragt an, ob dem früheren Vorschlag halbjährlich werden ist, einen Vertreter der Anwaltschaft ins Reichsjustizministerium einzubeziehen. — Der Reichsjustizminister erklärt, daß dies bereits geschehen sei.

Nachdem der Hauptausschuß noch eine Resolution des Zentrums angenommen hat, wonach die Reichsregierung prüfen soll, inwieweit durch Erhöhung der Gebühren in Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichensachen sowie durch Erhöhung der Preise für die vom Patentamt ausgegebenen Druckdrücken die Einnahmen vermehrt werden können, wird der Haushaltsplan des Reichsjustizministeriums bewilligt.

Christliche Rachepredigt.

Man schreibt uns: In Lübeck wurden die Höfen der ehemaligen 102er und des Lübecker Landwehr-Bataillons der Patriarchen überwiegen. Die Nationalisten benutzten die Gelegenheit zu einer Ordeh-Demonstration. Man tanzte im vollen Schwund aller Ehren und Ehrentiteln an. Pastor Denker von Sankt Marien hielt eine Predigt nach dem alten Rezept der Rache. Viele sind an Gott ihre geworden, weil er uns nicht auf die Höhe des Ruhms und der Macht führte. Dennoch sollen wir in dunkelster Zeit an dem Glauben anferer Väter festhalten: es lebt ein Gott, zu richten und zu rächen! Mag unsere Feindin, die Entente, auch so tun, als ob sie allein die Welt regiere, so wissen wir es doch besser. Gott sitzt im Regiment! Nur er ist der rechte Bundesmann, der bald erlösen, bald strafen kann. Derartige kirchliche Rachegeheimnisse sind nicht geeignet, die Entente von der Notwendigkeit der Revision des Friedens zu überzeugen.

Unabhängige Anträge im sächsischen Landtage. Am Vortage beantragte die Unabhängigen die Vorlage eines Amnestiegesetzes für politische Vergehen, sowie Festlegung des 1. Mai und des 9. November als gesetzliche Feiertage.

Gedanken Beethovens.

Musik ist höhere Offenbarung als alle Weisheit und Philosophie... Wem eine Musik sich verständlich macht, der muß frei werden von all dem Elend, womit sich die anderen schmeppen.

Höheres gibt es nicht, als der Gottheit sich mehr als andere Menschen nähern und von hier aus die Erzählungen der Gottheit unter dem Menschenschlechte verbreiten.

Ich habe niemals daran gedacht, für den Ruf und die Ehre zu schreiben; Was ich auf dem Herzen habe, muß heraus, und darum schreibe ich.

Ich will beweisen, daß, welcher gut und edel handelt, auch dafür Abhandlungen ertragen kann.

o Mensch, hilf dir selbst!

O Beethoven! Andere haben vor mir die Größe deines Künstlerums gepriesen, du aber bist mehr als der erste unter allen Musikern, du bist die Beförderung des Verdienstes in der ganzen modernen Kunst, du bist der größte und beste Freund der Leidenden, der Kämpfenden. Wenn das Elend der ganzen Welt uns überwältigt, dann nicht du dich aus, wie du dich einer trauernden Mutter nählest, dich wortlos ans Klavier setzt und der Weinenden Trost reichst in dem Klang deiner ergebenden Klage, und wenn uns Ermattung droht im ewigen mühsamen Kampf gegen die Mittellosigkeit der Tugenden und der Laster, bist du der Ocean des Wissens, des Glaubens, in den wir untertauchen, der unsere müden Glieder stärkt. Du gibst uns deine Tapferkeit, deinen Glauben daran, daß der Kampf Glück ist, dein Bewußtsein der Gottähnlichkeit. Romain Rolland.

Eine Austauschausstellung junger deutscher und französischer Kunst plant die Section d'or in Paris, die eine Anzahl der führenden jungen französischen Künstler umfaßt. Sie ist damit an Paul Weisheim, den Herausgeber des „Kunstblattes“ herangetreten, den sie zu ihrem delegierten Mitglied für Deutschland ernannte, und will einerseits eine Ausstellung von Berlin über Mitglieder zusammenstellen, die in verschiedenen Städten Deutschlands gezeigt werden sollen, andererseits innerhalb ihrer Ausstellungen Werke deutscher Künstler zeigen, deren volle Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit zugesichert wird. Um diesen sich nennenswerten deutsch-französischen Kunstbeziehungen Dauer zu geben, beschloß die Section d'or, eine Anzahl gleichstrebender deutscher Künstler zu Mitgliedern zu ernennen und solche, u. a. Campendonk, Feininger, Groß, Leda, Klee und Klotzsch zu Beteiligung an der 1921 von ihr in Paris geplanten Ausstellung

auf Rußland oder Kraken zu nehmen. So suchte sich denn der Gastwirt durch die genannte Aufschrift die Mühsel seiner Biergäste zu sichern. Trotzdem hat mancher der so gekennzeichneten Kraken den Weg vom Kunden zum Gastwirt nicht wieder zurückgefunden.

Die Schuljungen übten den vom Gastwirt angewandten, aber wohlklinglichen von ihm nicht ersundenen Brauch in einer etwas anderen Form. Dachte jemand ein unterhaltendes Buch bekommen, dann wanderte es im Freundeskreis von Hand zu Hand. Um dem Buche die Mühsel zu seinem Eigentümern zu sichern, schrieb man auf die Innenseite des Deckels die Worte: „Dieses Büchlein ist mir lieb, wer mir's stiehlt der ist ein Dieb.“ Dann folgte die Namensunterschrift. — Wann kann also nicht einmal sagen, daß der Rettungs-Richard der erste war, der die Formel „gestohlen“ usw. auf Literaturzeugnisse angewandt hat.

Beißkruten mit der Aufschrift: „Gestohlen bei ...“ habe ich Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts auch in Berlin gesehen. Uebrigens ist auch der Volschamer Ragstreet nicht die erste Behörde, die sich des erwähnten Schuttmittels gegen Diebstahl bedient. Im Frühjahr 1878 habe ich im Provinzialfrankenhause in Roggendorf Bierkruten, und wenn ich nicht irre, auch Th- und Tringkruten mit der Aufschrift: „Gestohlen im Provinzialfrankenhause“ gesehen. Also: Es ist alles schon einmal da gewesen.

Politische Satire im Zirkus. Ein schwedisches Blatt erzählt: Der russische Zirkus ist gegenwärtig, wie alles andere in Rußland, als Ausdruck der öffentlichen Meinung in Gebrauch genommen. Man erzählt, daß sich neulich ein Clown im Zirkus Gineisi in Petersburg an einen anderen wandte und fragte, wo er die ganze Woche gewesen sei.

„Wenigstens suchen!“ war die Antwort, und dann erzählte der Clown, wie er gegangen und gegangen sei, gesucht und gesucht habe, aber endlich habe er doch gefunden. Der andere fragt, ob er das Holz sehen dürfe.

„Ja, wenn du mir feierlich versprichst, daß du es nicht anfahst.“ Der andere verspricht es und nun zieht der Clown aus einem riesengroßen Sack ein — Zündholz!

Seine Clowns wurden sofort eingesperrt. (Sagt das schwedische Blatt.)

Musik. Am Lehn-Museum findet heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, eine große Beethoven-Fest zum Gedenken der Kinderhilfe statt.

Verliner Museen. Bei der neuorganisierten Entschleunigung der Abteilung des Berliner Museums für Völkerverständnis, die Professor Heinrich Cunow einrichtet, wurde Herr Dr. Willenbrock zum Kurator ernannt.

Die Verurteilung der Schule. Helmann im Reuen Schöneberger Rathaus, die heute zu Ende geht, wurde von etwa 20.000 Personen in Augenblicke genommen.

Wiedererwartung. Wour veranstaltet am 12. Januar in der Exzelsion einen neuen literarischen Abend unter dem Titel *Satan und Sisyphos*.

Prinz Ponon. Das am 19. Dezember ummittags 3 Uhr, in der Philharmonie vom Proletariat Theater angeführte phantastische Schauspiel „Prinz Ponon“ von Sinclair erscheint in Buchform im Rast-Verlag, Berlin-Dahlem.

Wirtschaft

Zu viel Baumwolle am Weltmarkt.

Harmdworth erklärte im englischen Unterhause, die Anbaufläche für Baumwolle in Ägypten sei auf die Hälfte reduziert worden, um die finanziellen Schwierigkeiten zu erleichtern, welche durch das Fallen der Preise entstanden seien.

Die mangelnde Kaufkraft der europäischen Länder macht sich auf dem Weltmarkt überall fühlbar. Auch aus Antwerpen wird gemeldet, daß die abgehaltene Antiken- und Plata-Wollen einen sehr unglücklichen Verlauf nahm. Von den gesamten angebotenen 8100 Ballen wurde fast alles zurückgezogen, obwohl unter den angebotenen Wollen eine gute Auswahl von Kreuzungswoollen vorhanden war.

Verbilligung der amerikanischen Frachttaxe.

Einem New Yorker Kabeltelegramm zufolge sind die Frachttaxen für Kohlen von amerikanischen atlantischen Häfen nach Rotterdam von 6 $\frac{1}{2}$ auf 6 $\frac{1}{4}$ Dollars pro Tonne herabgesetzt worden.

Leberkreislaufergefahr. Die G.-A. der Sächsischen Maschinenfabrik vor m. H. Hartmann & Co. in Chemnitz legte die Dividende auf 18 Proz. (i. V. 8 Proz.) fest. Die Versammlung beschloß, wegen der drohenden Leberkreislaufergefahr die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Mill. über. Vorkursaktien mit zehnfachem Stimmrecht; Ausgabe von 100.

Mitteldeutsche Motorflug A.-G. in Mandenburg. Die Generalversammlung genehmigte den Ankauf, der einen Geschäftsverlust von 180 214 M. ergibt. Die Hoffnung, schon im ersten Jahre eine Serienfabrikation in großem Maßstabe aufzunehmen, hat sich nicht erfüllt. Ebenso wie andere landwirtschaftliche Maschinenfabriken, hat die außerordentliche Abhängigkeit die Geschäftslage betroffen. Die Störung im Abzug ist eine Folge des Umstandes, daß die Nachfrage nach Motorflugzeugen infolge der Unruhe der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Verfall der Frieden und in Anbetracht der durch die Valuationsmaßnahmen bedingten Unmöglichkeit genauer Kalkulation nicht hat durchzuführen lassen. Dagegen, daß große Länder, welche besonders für den Motorflug in Betracht kommen — wie Polen, Ungarn, Ukraine und Rußland — für Deutschland abgeschlossen sind.

Außenhandelsstelle für Rohholz und Erzeugnisse der Sägenindustrie. Unter Zustimmung der Regierung ist, wie die „Dollars Welt“, Berlin, meldet, werden die Außenhandelsstellen für Rohholz und Erzeugnisse der Sägenindustrie gegründet worden. Vorsitzender für die Arbeitgeber Holzhändler Adolf Mohr i. R. Mohr u. Co., Wilmersdorf, für die Arbeitnehmer Gewerkschaftssekretär Scheffer.

Wollener Getreide in England. Die Getreidekommission hat die Preise für Korn um 7 Schilling 6 Pence herabuntergelegt.

Groß-Berlin

Sparr Brennstoff!

Welche Hausfrau wird glauben, daß sie ihren Ofen nicht richtig heizt? Kenner behaupten, daß nur wenige diese Kunst wirklich verstehen. Mit möglichst wenig Brennstoff eine möglichst hohe Heizwirkung zu erreichen, ist in diesen Zeiten der Brennstoffknappheit nötiger als je. Auch in den Büros der Behörden, in den Schreib-Bekleidungs- und Lagerräumen der Geschäfte, in den Maschinenhäusern der Fabriken muß weitestgehende Ausnutzung der Brennstoffe angestrebt werden.

Man ist auf den Gedanken verfallen, auf Lösung dieser von Amts wegen zu verbreiten und öffentliche Heizberatungsstellen durch die Gemeinden zu schaffen. Aber diesen Vorschlag, den auch der Reichskommissar für Kohlenverteilung unterstützt, sprach gestern im Bürgerklub des Berliner Rathauses der Münchener Stadtrat Eder, Vorsitzender der Zentrale für das deutsche Ofenferngewerbe und Mitglied des Sachverständigenausschusses für Brennstoffverwendung beim Reichs-Lohndrat. In Bayern sind Anfänge zu einer derartigen Einrichtung bereits vorhanden, man will sie aber auf das ganze Deutsche Reich ausdehnen. Die Belehrung soll nicht nur auf die Benutzer der Heizungsanlagen erstrecken, sondern das ganze Baugewerbe soll auf eine bessere Wärmewirtschaft bei der Käufer sich einstellen. Bau- und Maurermeister, Ofenbauer und Schornsteinfeger sollen zusammenwirken, durch zweckmäßige Anlage der Ofen, Herde und Schornsteine die richtige Verwendung zu ermöglichen. Der Vortragende forderte, schon in den Bauordnungen mehr Rücksicht auf die Wärmewirtschaft zu nehmen. In der Ausführung der Beschäftigung sollen die Beratungsstellen untersucht werden durch den Haushaltungsunterricht, durch öffentliche Vorträge und durch die Presse.

Der die Versammlung leitende Stadtrat Horst ver sprach, sich für das Zustandekommen einer solchen Heizberatungsstelle in Berlin einzusetzen. An der Diskussion beteiligten sich Architekten, Ofenferngewerbetreibende und auch einige Gelehrte, die den Meistern keine Lebenswürdigkeiten gaben. Einig war man darüber, daß schon bei richtiger Anlage von Stubenöfen und Kaminen gewaltige Mengen von Brennstoff gespart werden könnten. Gerade der minderbemittelten Bevölkerung bringt in ihren elenden Wohnungen die Mangelhaftigkeit der Ofen und Herde den schwersten Schaden.

Schließung der Kaffeehäuser am Heiligabend.

Um den Angestellten im Kaffeehausgewerbe Gelegenheit zu geben, den Heiligabend im Kreise ihrer Angehörigen zu verbringen, hat der Verein der Berliner Kaffeehausbesitzer in seiner Monatsversammlung beschlossen, am Weihnachtsabend die Betriebe um 7 Uhr für das Publikum zu schließen. Im Zusammenhang hermit wurde in der Sitzung darauf hingewiesen, daß die Arbeitnehmerorganisationen des Kaffeehausgewerbes im vorigen Jahre mit allem Nachdruck dahin gewirkt hätten, daß die Angestellten auf Weihnachtsgratifikationen verzichteten und lieber eine bessere tarifliche Entlohnung ankündeten sollten. Die Versammlung beschloß, dieser Anschauung in diesem Jahre Nachdruck zu geben und keine Weihnachtsgratifikationen mehr zu gewähren, zumal der neue Tarif, der kurz vor dem Abschluß steht, namentlich dem Hilfspersonal erhebliche Lohnsteigerungen bringt. Den Kesslern seien im großen und ganzen keine Lohnverbesserungen zustanden worden, da sich beide Tarifparteien darüber einig seien, daß das Trinkgeldsystem nach wie vor bestehe. Nach Inkrafttreten des neuen Tarifes werde es sich mit Rücksicht auf die bedingten Lohnsteigerungen wohl kaum umsetzen lassen, auch die Preise in den Kaffeehäusern etwas zu erhöhen.

Ueber die kommenden Landtagswahlen

Sprach in der Kreisvertreterkonferenz des 5. Kreises Friedrichshagen Genosse Giering, Redner h-ante, daß mit dem Eingangs der 145 Mann starken sozialdemokratischen Fraktion, deren Mitglieder zum großen Teil vor völlig neuen Aufgaben gestellt waren, ein äußerst schwieriges Ringen um jede den politischen Zeitverhältnissen entsprechende Gesetzentwurf begonnen habe. Bei Prüfung der sozialdemokratischen Arbeit im Landtag müsse berücksichtigt werden, daß die Fraktion, um überhaupt praktische Arbeit leisten zu können, auf die Mitarbeit der bürgerlichen Koalitionsparteien angewiesen war, deren schwankende unzuverlässige Haltung so sehr

drückend bei Verkleinerung der Grundsteuerumlage durch die Demokraten zum Ausdruck gekommen sei.

Mit außerordentlichen Schwierigkeiten waren insbesondere die Kämpfe um die Verabschiedung der preussischen Verfassung verknüpft. Unvermeidlich bleibt die überaus wichtige Erneuerung der Städteordnung.

Genosse Giering forderte die Funktionäre auf, durch Agitation und Aufklärung der Wählermassen für eine Stärkung der neuen S.P.D.-Fraktion Sorge zu tragen. Weder reaktionäre Maßnahmen noch rechtlich phantastische Ideen von links dürften uns von dem gesteckten Ziel, Schaffung einer sozialistischen Mehrheit im Parlament, abbringen.

Bei Aufstellung der Kandidatenliste fand eine sehr lebhaft ausgeführte Diskussion über die grundsätzliche Frage der Doppelmandate statt. Abgesehen von unbedingt notwendigen Einzelfällen bei Personen von prominenter Bedeutung, lehnt die Versammlung einmütig Doppelmandaturen ab.

In einem einstimmig angenommenen Antrag an den außerordentlichen Bezirkstag sollen die Kandidaten zum Landtag verpflichtet werden, falls sie später durch Reichstagsabgeordnete werden, auf eines von den beiden Mandaten zu verzichten.

Als Kandidaten wurden aufgestellt die Genossen: Lademann, Gertrud Hannay Gaenisch, Hirsch, Keller, Cunow, Genossin Wachenheim, Genosse Schlegel und Sieg Rosenfeld.

Gesund: n wurde ein Anreder; abzuholen beim Genossen Buchmann, Strodelauer Allee 20.

Schneeverwehungen und Verkehr.

Infolge des ziemlich harten Schneefalles der letzten Nacht sind auf den Berliner Fernbahnhöfen verschiedene Züge mit nicht unbedeutender Verspätung eingetroffen. So hatte der aus München auf dem Anhalter Bahnhof einlaufende Zug Nr. 21 eine Verspätung von anderthalb Stunden der aus Stuttgart kommende Morgenzug eine solche von dreißig Minuten zu verzeichnen. Auf dem Lehrter Bahnhof lief der aus Hamburg kommende D-Zug ebenfalls mit einer Verspätung von dreißig Minuten ein. Die des Morgens auf dem Schlesischen Bahnhof ankommenden Personenzüge kamen in nur unbedeutenden Verspätungen dort an, während die andern Berliner Fernbahnhöfe keinerlei Verspätungen zu verzeichnen haben.

Masseneinbrüche.

Auch in der vergangenen Nacht waren die Einbrecher wieder an vielen Stellen mit sehr großem Erfolge tätig. So hatten sie bei der Firma Dorf u. Goldschmidt in der Fendlerstr. 1/2 für 200 000 M. jahrgängliche Instrumente, die alle das Zeichen „A. B. mit Schornstein“ tragen. Bei der Nordost-Transport- und Expeditions-Gesellschaft in der Gartenstr. 33 erbeuteten sie für 100 000 M. Nähmaschinen und einen Motor mit einem gebrochenen Fuß. Die Nähmaschinen, Marke „Corona“ waren in 84 Kästen verpackt. In der Kopenbognener Str. 36 erbeuteten sie in einer Korsettfabrik für 30 000 M. Korsetts, bei einem Kolonialwarenhändler am Radesheimer Platz für 50 000 M. Rohle, Gänsebläue usw. bei der Firma Sney in der Wilhelmstr. 83, wo sie durch die Dede gingen, für 10 000 M. Stoffe, in der Hirschstraße von Manne in der Friedrichstraße für 15 000 M. Porzelle bei Karl Barth, Alexandrinenstraße, für 12 000 M. Porzelle und Helle, bei Berner in der Hauptstr. 131 zu Schöneberg für 10 000 M. Zigaretten und Zigarretten, in dem Warenhaus von Hugo Deutschland in der Turnstraße, wo sie ein Schaufenster geräumten, für 20 000 M. Wollwaren, bei dem Optiker Feig in der Hohenhausenstr. 67 für 25 000 M. photographische Apparate.

Auch die Wohnungseinbrecher machten an verschiedenen Stellen reiche Beute, so bei der Frau Baron in der Augustburger Str. 50 für 100 000 M. Silberachen, bei dem Kaufmann Riegnitz in der Potsdamer Str. 89 für 25 000 M. Teppiche und Kleidungsstücke, bei einem Kaufmann am Kurfürstendamm 111 für 50 000 M. und bei einem Kaufmann in der Reuber Str. 15 für 13 000 M. Kleidungsstücke, Wäsche usw. — Sommer beschlossen wurde auch der Konditor Kommel in der Verlinstraße, 7 zu Steglitz. Dort hatten Einbrecher den Wohnungsinhaber und seinen Logiergästen für 130 000 M. Kleidungsstücke und dergleichen mehr.

Die falschen Dienstmädchen.

bisher eine Spezialität der Großstadt, gehen jetzt auch auf die Dörfer. So machte der Landwirt Straube in Grube bei Neutrotzin mit einer solchen Großstadtyrte eine recht trübe Erfahrung. Straube mietete vor einigen Tagen ein Mädchen für seinen Haushalt. Bald nach dem Dienstantritt verschwand die „Neue“ wieder und nahm eine Kasse mit 35 000 M. Reichsmark mit. Die Berliner Kriminalpolizei stellte die Diebin als eine 23 Jahre alte Hedwig Preuß fest, die gewerdmäßig Diebstähle dieser Art betreibt. Die Flüchtige konnte noch nicht ermittelt werden.

Vor dem Wuchergericht.

Ort der Handlung das Wuchergericht Roabit. An den Wänden der Korridore Palate „Kinder in Rot“ und „Schlüt und gegen Lebensmittelmacher“. Im Gerichtssaal auf der Anklagebank ein halbes Dutzend wohlgenährte Landwirte aus den Ortsteilen Groß- und Klein-Bierken. Auf Anzeige der Kreisfiskus des Kreisamtswirtschaftsbezirks Weip waren diese Herren angeklagt, im Juli 1920 Präkursorien trotz des Höchstpreises für Erzeuger von 55 Pf. pro Pfund zum Preise von 60 Pf. bis 1 M. verkauft zu haben. Der größte Teil gibt das zu und entschuldigt sich damit, alle Landwirte hätten das gleiche getan. Eine Jungin, Kriegswitwe, Mutter zweier lungenkranker Kinder, der man Rot und Indebnungen vom Gericht abließ, gibt an, das Pfund mit 1 M. gekauft zu haben. Der Landwirt ermahnte, daß, falls sie angegriffen und befragt werde, angeben solle, sie habe nur 50 Pf. für das Pfund Kartoffeln bezahlt. Diese Straube des Vaterlandes hatte die Frau soweit ausgeplündert, daß sie sich das Geld zur Rückfahrt von fremden Leuten erbitten mußte. Der Staatsanwalt sah Preisverbreitung und Wucher nicht für erwiesen und ließ die Anklage fallen. Leblich wegen Verstoß gegen eine Verordnung aus dem Jahre 1918 beantragte derselbe eine Geldstrafe von 100 M. Gerichtsbeschluss 80—60 M. Geldstrafen. Bei dieser Spruchpraxis locken sich die Landwirte ins Büttchen.

Bei einem Jahrstrahlungsmaß tödlich verlehrt wurde heute früh auf dem Grundstück Gobrechtstr. 55 in Reutbahn der Jahrstrahlungsleiter Wimmer.

Verpuffert sind die Preise nicht nur in Schlemmerlokalen, sondern auch an den Buffets der Staatsoper. Ein Besucher klagt, daß er für eine einzige Schrippe, deren beide Hälften mit Sahne und Füllung mächtig belegt und nicht mit Butter oder Margarine bestrichen waren, 8 Mark zahlen mußte. Sachverständige mögen beurteilen, wie sich der Selbstkostenpreis stellt. Welches Vorkaufsrecht nimmt, denn die Staatsoperverwaltung für die Buffets?

Für die Angehörigen der Gefängnisinsassen. Der Reichsdachverband der Vorbestraften erläßt eine Weihnachtskarte für die Angehörigen der in Gefängnissen lebenden Familienväter. In der an die Öffentlichkeit gerichteten Bitte heißt es: Die große Arbeitslosigkeit, welche zurzeit in Berlin herrscht, hat so manchen Vater wegen seiner Kollage, in der er sich befindet, den Weg ins Gefängnis wandern lassen. Diese Armen haben zum größten Teil Weib und Kindern das Notwendigste, was sie zum Leben gebrauchen, auf den Tisch legen wollen. Nun müssen sie für ihre Rechtsverletzungen büßen! Aray und Kinder dürfen sich der Weihnachtszeit nicht erfreuen! Alle diejenigen, welche ein Herz auch für diese unglücklichen Frauen und Kinder haben, welche am heiligen Weh-

nachtsabend den Mann und Vater im Gefängnis wissen, zu helfen und durch reichliche Gaben und zu unterstützen, werden gebeten, sofort an unser Postkontonro 98308, Reichsdachverband der Vorbestraften Deutschlands, Berlin, Bärwalddir. 44 L. eine Gabe zu übersenden, oder direkt an unser Sekretariat, Berlin, Bärwalddir. 44 L. Telefon (Moritzplatz) 7443.

Der Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken hatte für die Heilstätte Heilig zur Bunde von Patienten eine Versammlung einberufen. Die Vergabe des Speisefahrs der Anstalt wurde vom ärztlichen Direktor vertagt, so daß die Versammlung in dem Saal einer Gastwirtschaft tagen mußte. Dr. Nofel hielt einen Vortrag über Massensterben im Proletariat und Verhütung der Tuberkulose“ und legte die Forderungen des Verbandes dar. (Weber heides ist im „Vorwärts“ aus den früheren Versammlungen wiederholt berichtet worden.) In der Diskussion gaben die Patientenratte zustimmende Erklärungen ab. Das Ergebnis der Versammlung war eine beträchtliche Zahl von Beitritten.

An alle Heilstätten in Deutschen Reich richtet der Verband die Mahnung zum Anschlag. Er weist darauf hin, daß eine gleiche Bewegung zur Selbsthilfe der Lungenkranken sich auch in Ostpreußen abmahnt.

Flug-Überprüfung von Geschäftspapieren und Warenproben. Vom 15. Dezember an sind auch gewöhnliche und eingeschriebene Geschäftspapiere, Warenproben und Nachsendungen (zusammengepackte Briefe, Geschäftsbriefe und Warenproben) im Inlands- und Auslandsverkehr zur Beförderung mit der Flugpost zugelassen. Flugzuschläge werden in gleicher Höhe wie bei Druck-sachen erhoben.

Die freie Turnerschaft Wilmersdorf veranstaltet am Freitag, den 17. d. M., 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Hindenburg-Oberrealschule einen Volkunterhaltungsabend mit turnerischen und sportlichen Vorführungen. Konzert des Vereinsmusikkorps zum Besten der Weihnachtserhebung ihrer Kinderabteilung, besonders der Kriegserwarteten. Die Parteigenossen werden gebeten, diese Veranstaltung zu unterstützen.

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin (Mitt. d. N. L. u. S. B.). Sonntag 10 Uhr vorm. Ruender-Schulsaal bei Eilam. — Brief Schöneberg. Sonnabend: Weihnachtsfeier der Weibchen bei Köhnen. Sonntag: Weihnachtsfeier der Kinder Turnhalle Mithras. — Brief Schöneberg. Sonntag: Weihnachtsfeier bei Kade, Hiltelstr. 22. — Brief Norden. Sonntag: Weihnachtsfeier der Jugendlichen und Kinder 6 $\frac{1}{2}$ Uhr abends Schulsaal Sahnflieger Str. 8.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 17. Dezember:

Kreis Berlin-Mitte. 7 Uhr Kreisvertreter-Versammlung im Vierzehnten, Alte Schönbauer Str. 23/24. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kuttner, Aufstellung der Landtagskandidaten, Beschiedenes. — Die Weihnachtsbeschlüsse sollen ebenfalls ergehen.

Kreis Tiergarten. Alle langgestäubigen Parteigenossen werden zu einer Besprechung am Sonnabend, 18. Dezember, abends 7 Uhr, nach dem Lokal von Müller, Dänelstr. 21, eingeladen.

Wahlkreis Wedding. 7 Uhr: Erweiterte Vorstandssitzung bei Berlin, Panitz, 60. Stellungnahme zur Bewegung des Bezirksamts. Alle abteilungen müssen vertreten sein.

Wilmersdorf. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Mittalbeversammlung mit Gästen bei Mohr, Liebfrauen, Kaiserallee 51/52. Tagesordnung: Das Weiterrennen der politischen Parteien um die Gunst der Beamtenschaft. Referent Genosse Dr. Foth.

Tasdorf. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Frauenversammlung bei Schütz, Berliner Str. 24. Ref. Genossin Buchacz.

19. Abt. Die Weihnachtserhebung findet am Sonnabend, den 18. abends 6 Uhr, bei Schulz, Zamostr. 38, statt. Wir bitten die Genossen mit den Kindern pünktlich zu erscheinen.

Precedon. 21. Abt. Die Bibliothek befindet sich jetzt im Restaurant Rahn, Haderstr. 3. Bücherausgabe jeden Freitag nachm. von 6—8 Uhr.

Urich. Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonntag, den 19. nachm. 5 Uhr, in der Kur'a der 1. Gemeindegasse eine Weihnachtsfeier. Eintritt 1 M. Kinder in Begleitung Erwachsener sind frei. Weihnachtsbeschlüsse, Weihnachtsmusik, Weihnachtsaufführungen.

Gewerkschaftsbewegung

Gauvorstandswahl der Buchdrucker.

In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer gab der Gauvorsitzende Raffini den Situationsbericht. Unter anderem verwies er darauf, daß von den 12 245 Mitgliedern gegenwärtig 420 arbeitslos sind, während sich die Zahl bei der vorigen Generalversammlung auf 665 belief. Berlitz arbeiten 458 Mitglieder. Auch in dieser Zahl zeigt sich ein wesentlicher Rückgang im letzten Vierteljahr. Der Gauvorstand hat beschloffen, den Arbeitslosen eine Weihnachtsbeihilfe von je 75 bzw. 100 M. zuzuwenden. Wegen der Einstellung von Arbeitslosen hat der Gauvorstand mit den Arbeitgeberverbänden verhandelt und erreicht, daß unter der Voraussetzung ausreichender Belieferung mit elektrischem Strom (morüber mit der zuständigen Stelle ein Uebereinkommen erzielt ist) Arbeitslose als Ausfühler bis zum 31. März beschäftigt werden sollen. — Die Versammlung stimmte einem Antrage des Gauvorstandes zu, wonach den Pommer in der in Düsseldorf streikenden Kollegen eine Weihnachtsunterstützung von 10 000 M. aus der Kasse übermitteln werden wird. — Ferner wurde ein Antrag angenommen, der den Gauvorstand beauftragt, sich mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu setzen, um eine Aktion zur Herabsetzung der Lebensmittelpreise und gegen den Luxus in die Wege zu leiten.

Bei der Neuwahl des Gauvorstandes unternahm die aus Unabhängigen und Kommunisten bestehende Opposition einen Vorstoß gegen den bisherigen Vorstand. Die Opposition reichte zwei Listen ihrer Anhänger ein und verlangte Urabstimmung die aber mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Die in der Widerbeist getriebene Opposition machte großen Lärm und verließ unter minutenlangem Tumult den Saal. Die Wahl wurde nun nach der Bestimmungen des Statuts vorgenommen und der alte Gauvorstand mit den Vorstehenden Raffini und Albrecht wiedergewählt. Die Gegenkandidaten erhielten nur die Stimmen der als Bordposten zurückgelassenen Oppositionsmitglieder. Auch die übrigen Wähler wurden ohne Widerspruch nach den Vorschlägen der Mehrheit vollzogen.

Straßenbahnerstreik in Kassel.

Wie uns ein eigener Drahtbericht aus Kassel meldet, sind dort die Straßenbahner wegen Lohnstreiks in den Aufstand getreten. Der Straßenbahnbetrieb ruht. Es sind Verhandlungen angebahnt worden, um den Konflikt beizulegen.

Vom Streik in der „Diger“. Der Kampf der Unternehmer gegen das Betriebsrätegesetz nimmt immer schärfere Formen an. Das hat jetzt auch die Verlegung der Optischen Anstalt „Diger“, Schöneberg, zu spüren bekommen. Ein Mitglied des Betriebsrats hatte eine Kontrolle der Arbeitsblätter vorgenommen, in welcher der Unternehmer eine schwere Schädigung der Produktion erblickte. Dies gab Herrn Direktor Kolbach Veranlassung, die Entlassung des betreffenden Kollegen beim Schlichtungsausschuss zu beantragen. Der gefällte Schlichterspruch veranlagte den Vorsitzenden, dem Vertreter der Firma zu empfehlen, von einer Entlassung abzusehen. Der Betriebsratpunkt der Firma ließ jedoch nicht zu. Kurz darauf wurde der Kollege, welcher bereits 7 Jahre bei der Firma beschäf-

